

No. 38836

**Germany
and
Nicaragua**

Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Nicaragua for the promotion and reciprocal protection of capital investments (with protocol). Managua, 6 May 1996

Entry into force: *19 January 2001 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 6 August 2002*

**Allemagne
et
Nicaragua**

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Nicaragua relatif à la promotion et à la protection réciproques des investissements (avec protocole). Managua, 6 mai 1996

Entrée en vigueur : *19 janvier 2001 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 6 août 2002*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Vortrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Nicaragua
Über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Nicaragua -

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen
beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen
von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates
im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirt-
schaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker
zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Nicaragua:
natürliche Personen, die Nicaraguaner gemäß den nicaraguanischen Gesetzen sind;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Republik Nicaragua:

jede gemäß den Gesetzen Nicaraguas gegründete juristische Person, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Nicaragua hat;

5. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“

in bezug auf jede Vertragspartei das ihrer Souveränität unterstellte Gebiet sowie die Meeresgebiete, in denen das internationale Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen gestattet.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt

entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall volltändiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem

Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Dieser Vertrag gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind und die im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen stehen, welche vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags angewendet wurden.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maß-

gabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Managua am 6. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Hans-Friedrich v. Ploetz

Für die Republik Nicaragua
Por la República de Nicaragua
E. Leal Sánchez

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Managua am 6. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Hans-Friedrich v. Ploetz

Für die Republik Nicaragua
Por la República de Nicaragua
E. Leal Sánchez

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República de Nicaragua
sobre Fomento y Protección Recíproca de Inversiones de Capital

La República Federal de Alemania

y

la República de Nicaragua,

Animados del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de uno de los dos Estados en el territorio del otro Estado,

Reconociendo que el fomento y la protección mediante Tratado de esas inversiones de capital pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han acordado lo siguiente:

Artículo 1

Para los fines del presente Tratado:

1. El concepto de «inversiones de capital» comprende toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico, o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual como, en especial, derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, tecnología ("know-how") y buena imagen ("good will");
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación.

Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan su carácter de inversión de capital.
2. El concepto de «rentas» designa aquellas cantidades que proceden de una inversión de capital por un período determinado, como participaciones en las utilidades, dividendos, intereses, derechos de licencias u otras remuneraciones.
3. El concepto de «nacionales» designa
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania: los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - b) con referencia a la República de Nicaragua: personas naturales que tienen la nacionalidad nicaragüense de acuerdo a sus leyes.

4. El concepto de «sociedades» designa
- a) con referencia a la República Federal de Alemania:
todas las personas jurídicas, así como todas las compañías comerciales o de otro tipo o asociación con o sin personalidad jurídica que tengan su sede en el territorio de la República Federal de Alemania, independientemente de que su actividad tenga o no fines lucrativos;
 - b) con referencia a la República de Nicaragua:
toda persona legal constituida bajo las leyes de Nicaragua, teniendo su sede en el territorio de la República de Nicaragua.
5. El término «territorio» significa
- Con respecto a cada una de las Partes Contratantes, el territorio bajo su soberanía así como las zonas marítimas sobre las que la Parte Contratante ejerce derechos soberanos o jurisdicción, de conformidad con el derecho internacional.

Artículo 2

- 1) Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, permitirá, dentro de su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible. En todo caso tratará justa y equitativamente las inversiones de capital.
- 2) Ninguna de las Partes Contratantes perjudicará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el aprovechamiento de las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

- 1) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a las inversiones de capital que sean propiedad o estén bajo la influencia de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se concede a las inversiones de capital de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.
- 2) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones de capital, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.
- 3) Dicho trato no se refiere a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.
- 4) El trato acordado por el presente artículo no se refiere a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

Artículo 4

- 1) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.
- 2) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causa de utilidad pública, y deberán en tal caso, ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión de capital

expropiada inmediatamente antes de la fecha en que se hace pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equiparable. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, deberán haberse tomado debidamente disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y la cuantía de la indemnización, deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

3) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones de capital por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles.

4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de la nación más favorecida.

Artículo 5

Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión de capital, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto de la inversión de capital en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) de las indemnizaciones previstas en el artículo 4.

Artículo 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 10 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal, o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos (derechos transferidos), los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que el titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del artículo 4 y el artículo 5.

Artículo 7

1) Las transferencias conforme al párrafo 2 ó 3 del artículo 4, al artículo 5 o al artículo 6 se efectuarán sin demora, a la cotización vigente en cada caso.

2) Dicha cotización deberá coincidir con el tipo cruzado resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría, si en la fecha del pago cambiara las monedas de los países interesados, en derechos especiales de giro.

Artículo 8

1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, o de obligaciones emanadas del derecho internacional al

margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 9

El presente Tratado se aplicará también a las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de cualquiera de las Partes Contratantes conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última. Sin embargo, este Tratado no se aplicará a divergencias o controversias surgidas antes de su entrada en vigencia y que estén relacionadas a medidas gubernamentales que se aplicaron antes de la entrada en vigencia de este Tratado.

Artículo 10

1) Las divergencias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes.

2) Si una divergencia no pudiere ser dirimida de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.

3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halla impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los gastos remanentes, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

6) Si ambas Partes Contratantes fueren también Estados Contratantes de la Convención sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados del 18 de Marzo de 1965, no se podrá, en atención a la disposición del párrafo 1 del artículo 27 de dicha Convención, acudir al tribunal arbitral arriba previsto cuando el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante hayan llegado a un acuerdo conforme al artículo 25 de la Convención. No

quedará afectada la posibilidad de acudir al tribunal arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión del Tribunal de Arbitraje de la mencionada Convención (artículo 27), o en el caso de traspaso por disposición legal o por acto jurídico, conforme al artículo 6 del presente Tratado.

Artículo 11

1) Las divergencias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones de capital deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en litigio.

2) Si una divergencia no pudiere ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en litigio la haya hecho valer, será sometida, a petición del nacional o de la sociedad de la otra Parte Contratante, a un procedimiento arbitral. En la medida en que las partes en litigio no lleguen a un arreglo en otro sentido, la divergencia se someterá a un procedimiento arbitral conforme a la Convención sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados del 18 de Marzo de 1965.

3) El laudo arbitral será obligatorio y no podrá ser objeto de otros recursos o demás acciones legales que los previstos en la mencionada Convención. Se ejecutará con arreglo al derecho interno.

4) La Parte Contratante implicada en el litigio no alegará, durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral, el hecho de que el nacional o la sociedad de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

Artículo 12

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Artículo 13

1) El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en Bonn.

2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento con preaviso de doce meses.

3) Para inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 a 12 seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

Hecho en la ciudad de Managua, en dos ejemplares en los idiomas alemán y español a los seis días del mes de Mayo de mil novecientos noventa y seis, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Hans-Friedrich v. Ploetz

Für die Republik Nicaragua
Por la República de Nicaragua
E. Leal Sánchez

Protocolo

En el acto de la firma del Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Nicaragua sobre Fomento y Protección Recíproca de Inversiones de Capital, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado además las siguientes disposiciones, que considerarán como parte integrante del Tratado:

1) En referencia al artículo 1

- a. Los retornos de una inversión de capital, y en el caso de su reinversión también los retornos de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- b. Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante, a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante.

2) En referencia al artículo 2

- a. Gozarán de la plena protección del Tratado las inversiones de capital, que de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan sido realizadas en el territorio de esta Parte Contratante, por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.
- b. El Tratado regirá también en las áreas de la zona económica exclusiva y de la plataforma continental siempre que el Derecho Internacional conceda a la respectiva Parte Contratante el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en estas áreas.

3) En referencia al artículo 3

- a. Como «actividades» en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán especial pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3: el trato desigual en caso de limitaciones en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y explotación de todas clases, el trato desigual en caso de obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, así como cualquier otra medida que tenga efectos similares. No se considera «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3, las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, salud pública o moralidad.
- b. Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales, que según las leyes tributarias solo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio, a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.
- c. Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitará con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

4) En referencia al artículo 4

El derecho a indemnización se da aún en caso de que se inter venga a través de medidas estatales en la empresa objeto de la inversión de capital, y como consecuencia de ello se produzca un considerable perjuicio para la sustancia económica de la misma.

5) En referencia al artículo 7

Una transferencia se considera realizada «sin demora» en el sentido del párrafo 1 del artículo 7 cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

6) Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones de capital, cada una de las Partes Contratantes no excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante, y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes. Quedan comprendidos los transportes de:

- a. mercancías destinadas directamente a una inversión de capital, en el sentido del Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa o por encargo de una empresa en la que haya capital invertido en el sentido del Tratado;
- b. personas que viajen en relación con una inversión de capital.

Hecho en la ciudad de Managua, en dos ejemplares en los idiomas alemán y español a los seis días del mes de Mayo de mil novecientos noventa y seis, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Hans-Friedrich v. Ploetz

Für die Republik Nicaragua
Por la República de Nicaragua
E. Leal Sánchez

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE
REPUBLIC OF NICARAGUA ON THE PROMOTION AND RECIPRO-
CAL PROTECTION OF CAPITAL INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Nicaragua,
Desiring to intensify economic cooperation between the two States,
Intending to create favourable conditions for capital investments by nationals or com-
panies of either State in the territory of the other State,

Recognizing that the promotion and protection of such capital investments through a
treaty are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both
nations,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty:

1. The term "capital investments" means every kind of asset, particularly:
 - (a) Movable and immovable property, and such other rights in rem as mortgages, liens and pledges;
 - (b) Shares in companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) Claims to money used to create an economic value or claims to benefits having an economic value;
 - (d) Intellectual property rights, particularly copyrights, patents, utility models, industrial designs and models, trademarks, trade names, trade and business secrets, technical processes, know-how and goodwill;
 - (e) Business concessions under public law, including concessions for prospecting and exploitation.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classifica-
tion as capital investments.

2. The term "returns" means amounts yielded by a capital investment over a definite
period, such as shares of profits, dividends, interest, licence fees or other income.

3. The term "nationals" means:

(a) As regards the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;
and

(b) As regards the Republic of Nicaragua:

Natural persons who have Nicaraguan nationality under its laws.

4. The term "companies" means:

(a) As regards the Federal Republic of Germany:

Any legal entity, as well as any commercial or other company or association with or without a legal personality and having its seat in the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are for profit;

(b) As regards the Republic of Nicaragua:

Any legal entity incorporated under the laws of Nicaragua and having its seat in the territory of the Republic of Nicaragua.

5. The term "territory" means:

In respect of each Contracting Party, the territory under its sovereignty as well as its maritime zones over which the Contracting Party exercises, in conformity with international law, sovereign rights or jurisdiction.

Article 2

1. Each Contracting Party shall, in accordance with its legislation, permit in its territory capital investments by nationals or companies of the other Contracting Party and promote such investments to the extent possible. It shall in any case accord to such investments fair and equitable treatment.

2. Neither Contracting Party shall, through arbitrary or discriminatory measures, prejudice the management, employment, use or enjoyment in its territory of the capital investments of nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 3

1. Neither Contracting Party shall, in its territory, accord to capital investments owned or influenced by nationals or companies of the other Contracting Party treatment less favourable than that which it accords to capital investments of its own nationals and companies or of nationals and companies of a third State.

2. Neither Contracting Party shall, in its territory, accord to nationals or companies of the other Contracting Party, in respect of activities that they carry out in connection with their capital investments, treatment less favourable than that which it accords to its own nationals and companies or to nationals and companies of a third State.

3. This treatment shall not relate to privileges that either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of their membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free-trade area.

4. The treatment accorded under this article shall not relate to advantages that either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double-taxation agreement or other tax agreements.

Article 4

1. Capital investments made by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

2. Capital investments made by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for reasons of public interest and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated capital investment immediately before the date on which the actual or impending expropriation, nationalization or comparable measure was publicly announced. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at, or prior to, the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

3. Nationals or companies of either Contracting Party whose capital investments suffer losses owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency or revolt in the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which it accords to its own nationals or companies as regards restitution, adjustments, indemnification or other payments. Such payments shall be freely transferable.

4. In respect of the matters provided for in this article, nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with a capital investment, particularly the following:

- (a) The principal and additional amounts to maintain or increase the capital investment;
- (b) The returns;
- (c) The reimbursement of loans;
- (d) The proceeds from the capital investment in the event of its total or partial liquidation or disposal;
- (e) The compensation provided for in article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes payment to any of its nationals or companies under a guarantee granted in respect of a capital investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal procedure, of any right or claim of such nationals or companies to the former Contracting Party. In addition, the latter Contracting Party shall recognize the sub-

rogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments by virtue of such assignment, article 4, paragraphs 2 and 3, as well as article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

1. Transfers under article 4, paragraphs 2 and 3, article 5 or article 6 shall be made without delay at the rate in effect in each case.

2. Such a rate shall coincide with the cross rate resulting from the exchange rates which the International Monetary Fund would apply if, at the time of payment, the currencies of the countries concerned were converted into special drawing rights.

Article 8

1. If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contains a regulation, whether general or specific, entitling capital investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

2. Each Contracting Party shall observe any other obligation that it may have entered into with regard to capital investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to capital investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the latter's legislation. This Treaty shall not, however, apply to disputes or disagreements which arose prior to its entry into force and which are related to government measures implemented prior to the entry into force of the Treaty.

Article 10

1. Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

2. If a dispute cannot be settled in this way, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

3. The arbitral tribunal shall be established on an *ad hoc* basis; each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman, to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months,

after the date on which one Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

4. If the periods specified in paragraph 3 have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or is otherwise prevented from discharging the function, the appointments shall be made by the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party.

5. The tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its representation in the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different ruling concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

6. If both Contracting Parties are also States parties to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965, recourse may not be had to the arbitral tribunal provided for above, in view of the provisions of article 27, paragraph I, of the Convention, where the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party have reached agreement under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with, or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal procedure as provided for in article 6 of this Treaty.

Article 11

1. Disputes between either Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party in connection with capital investments should as far as possible be settled amicably by the parties to the dispute.

2. If a dispute cannot be settled within six months after the date on which either party to the dispute raised the issue, the dispute shall be submitted to arbitral proceedings at the request of the national or company of the other Contracting Party. Unless the parties to the dispute agree otherwise, the dispute shall be submitted to arbitral proceedings under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and National of Other States of 18 March 1965.

3. The arbitral award shall be binding and may not be the subject of further recourse or legal proceedings other than those provided for in that Convention. It shall be executed in accordance with national law.

4. During the arbitral proceedings or the execution of an arbitral award, the Contracting Party involved in the dispute shall not invoke the fact that the national or company of the other Contracting Party has received insurance compensation for all or part of the damage.

Article 12

This Treaty shall apply regardless of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

1. This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

2. This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 10 years and shall continue to apply thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party 12 months before its expiration. After 10 years, the Treaty may be denounced at any time, subject to 12 months' notice.

3. In respect of capital investments made prior to the expiration of this Treaty, the provisions of articles 1 to 12 shall remain in force for a further period of 15 years after the date of expiration of the Treaty.

Done at Managua on 6 May 1996 in two copies, each in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

For the Republic of Nicaragua:

E. LEAL SÁNCHEZ

PROTOCOL

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Nicaragua on the Promotion and Reciprocal Protection of Capital Investments, the undersigned plenipotentiaries have also adopted the following provisions, which shall be deemed an integral part of the Treaty:

1. To article 1

(a) Income from a capital investment and, in the event of its reinvestment, income therefrom shall enjoy the same protection as the investment itself;

(b) Without prejudice to other procedures for determining nationality, any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of one Contracting Party shall, in particular, be deemed a national of that Party.

2. To article 2

(a) Capital investments which, in accordance with the legislation of one of the Contracting Parties, have been made in the territory of that Contracting Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the Treaty;

(b) The Treaty shall also apply in the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf, provided that international law entitles the Contracting Party concerned to exercise the rights of sovereignty or jurisdiction in those areas.

3. To article 3

(a) The following in particular, although not exclusively, shall be deemed "activities" within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, employment, use and enjoyment of a capital investment. The following in particular shall be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3: unequal treatment by restricting the purchase of raw and auxiliary materials, energy and fuel, as well as means of production and operation of any kind; unequal treatment by impeding the marketing of products within or outside the country; and any other measure having similar effects. Measures taken for reasons of security and public policy, public health or morality under article 3 shall not constitute "treatment less favourable" within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 shall not obligate a Contracting Party to extend tax privileges, exemptions and relief which, under the tax laws, are accorded only to natural persons and companies resident in its territory to natural persons and companies resident in the territory of the other Contracting Party.

(c) The Contracting Parties shall, under their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and stay of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment. The same shall apply to nationals of either Contracting Party who, in connection with an investment, wish to enter the territory of the other Contracting Party and stay there in order to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

4. To article 4

A right to compensation shall also exist when, as a result of State measures taken against the company in which the capital investment was made, the company's economic situation is severely impaired.

5. To article 5

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of article 7, paragraph 1, if affected within the period normally required for the completion of transfer formalities. That period, which may in no case exceed two months, shall begin at the time of delivery of the relevant application.

6. As regards the transport of goods and persons connected with a capital investment, neither of the Contracting Parties shall exclude or hinder the transport companies of the other Contracting Party and shall issue permits as required for such transport. This shall include the transport of:

(a) Goods directly intended for a capital investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of a third State by or on behalf of a company in which capital within the meaning of the Treaty has been invested;

(b) Persons travelling in connection with a capital investment.

Done at Managua on 6 May 1996 in two copies, each in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

For the Republic of Nicaragua:

E. LEAL SÁNCHEZ

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE DU NICARAGUA RELATIF À LA PROMOTION ET À LA
PROTECTION RÉCIPROQUES DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République du Nicaragua,
Animées du désir d'intensifier la collaboration économique à l'avantage mutuel des
deux États,

Entendant créer et maintenir des conditions favorables aux investissements des nation-
aux ou sociétés de l'une des Parties contractantes dans le territoire de l'autre Partie contrac-
tante,

Reconnaissant qu'il convient de promouvoir et de protéger ces investissements en vue
de stimuler l'initiative économique privée et d'accroître la prospérité des deux États,

Conviennt comme suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité :

1. Le terme " investissement " s'entend de tous types d'actifs, notamment :
 - a) La propriété de biens meubles et immeubles et de tous autres droits réels ou person-
nels qui y sont attachés, tels qu'hypothèques, gages et nantissements;
 - b) Les droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans
des sociétés;
 - c) Les droits attachés aux fonds employés afin de créer une valeur économique ou à
des prestations ayant une valeur économique;
 - d) Les droits de propriété intellectuelle et industrielle, tels que droits d'auteur, brevets,
modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, dénominations commerciales,
secrets industriels et commerciaux, procédés techniques, technologiques opératoires ("
know-how ") et fonds de commerce (" goodwill ");
 - e) Les concessions accordées par des entités de droit public, y compris les concessions
de prospection et d'exploitation.

Les modifications de la forme d'investissement des actifs n'affectent pas leur qualifi-
cation d'investissement.

2. Le terme " revenus " s'entend des montants découlant d'un investissement pendant
une période déterminée, tels que participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, rede-
vances ou autres rémunérations.

3. Le terme " national " s'entend :
 - a) S'agissant de la République fédérale d'Allemagne :
 - des Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Alle-
magne;

b) S'agissant de la République du Nicaragua :

- des personnes physiques qui possèdent la nationalité nicaraguayenne en conformité avec les lois du Nicaragua.

4. Le terme " société " s'entend :

a) S'agissant de la République fédérale d'Allemagne :

- de toute personne morale, ainsi que de toute société commerciale ou autre compagnie, commerciale ou autre, ou de toute association, dotée ou non de personnalité juridique et ayant son siège dans le territoire de la République fédérale d'Allemagne, que ses activités aient ou non un but lucratif;

b) S'agissant de la République du Nicaragua :

- de toute personne morale constituée en droit du Nicaragua, qui a son siège dans le territoire de la République du Nicaragua.

5. Le terme " territoire " s'entend du territoire sur lequel chacune des Parties contractantes exerce sa souveraineté, ainsi que des zones maritimes sur lesquelles elle exerce des droits souverains ou sa compétence en conformité avec le droit international.

Article 2

1. En conformité avec sa législation interne, chaque Partie contractante autorise les nationaux et les sociétés de l'autre Partie contractante à réaliser des investissements dans son territoire et encourage ces investissements dans la mesure du possible. Elle accorde en tout cas un traitement juste et équitable aux investissements.

2. Aucune des Parties contractantes ne porte atteinte dans son territoire, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, à la gestion, à l'emploi, à l'usage ou à l'exploitation des investissements de nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 3

1. Aucune des Parties contractantes ne soumet dans son territoire les investissements détenus ou contrôlés par des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante à un traitement moins favorable que celui qui est accordé aux investissements de ses propres nationaux ou sociétés ou à ceux de nationaux ou sociétés d'États tiers.

2. Aucune des Parties contractantes ne soumet dans son territoire les nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne les activités liées à leurs investissements, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé à ses propres nationaux ou sociétés ou aux nationaux ou sociétés d'États tiers.

3. Ce traitement ne concerne pas les privilèges que l'une des Parties contractantes accorde aux nationaux ou sociétés d'États tiers du fait que ces États appartiennent ou sont associés à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4. Le traitement dont il est question dans le présent article ne s'étend pas aux avantages que l'une des Parties contractantes peut accorder aux nationaux ou sociétés d'États tiers en

application d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords relatifs à fiscalité.

Article 4

1. Les investissements des nationaux ou sociétés de l'une des Parties contractantes jouissent de la pleine protection et sécurité dans le territoire de l'autre Partie contractante.

2. Les investissements des nationaux ou sociétés de l'une des Parties contractantes ne peuvent, dans le territoire de l'autre Partie contractante, être expropriés ou nationalisés, ni faire l'objet d'autres mesures analogues dans leurs effets à l'expropriation ou la nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique, et ils doivent alors être indemnisés. L'indemnité doit correspondre à la valeur marchande qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou la mesure équivalente, effective ou imminente, a été publiquement connue. L'indemnité doit être acquittée sans délai et elle porte intérêt, au taux bancaire normal, jusqu'à la date de son paiement; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions adéquates doivent être prises, au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente, pour fixer et acquitter l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être confirmés par une procédure judiciaire régulière.

3. Les nationaux ou sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements situés dans le territoire de l'autre État Partie subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute dans le territoire de l'autre Partie contractante, ne sont pas traités par cette autre Partie contractante de façon moins favorable que ses propres nationaux ou sociétés en matière de réparations, d'ajustement, d'indemnités ou d'autres paiements. Ces montants doivent être librement transférables.

4. Dans les matières régies par le présent article, les ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes jouissent, dans le territoire de l'autre Partie contractante, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

Chaque Partie garantit aux nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements se rapportant à leurs investissements, en particulier :

- a) Les capitaux et les apports supplémentaires pour l'entretien ou l'expansion des investissements;
- b) Les revenus;
- c) L'amortissement des prêts;
- d) Le produit résultant de la liquidation ou de la cession totale ou partielle d'investissements;
- e) Les indemnités prévues à l'article 4.

Article 6

Si une Partie contractante effectue des versements à ses nationaux ou sociétés en vertu d'une garantie accordée à un investissement dans le territoire de l'autre Partie contractante, celle-ci reconnaît, sans préjudice des droits de la première Partie contractante aux termes de l'article 10, la cession à cette première Partie contractante de tous les droits desdits nationaux ou sociétés, soit aux termes de la loi soit par acte juridique. En outre, cette autre Partie contractante reconnaît la subrogation de la première Partie contractante dans tous lesdits droits (droits transférés), que cette première partie est habilitée à exercer dans la même mesure que leur détenteur antérieur. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 s'appliquent mutatis mutandis au transfert desdits versement.

Article 7

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi qu'à l'article 5 ou à l'article 6 doivent être effectués sans délai, au taux de change en vigueur dans chaque cas.

2. Ledit taux doit coïncider avec le taux croisé résultant des taux de change que le Fonds monétaire international appliquerait à la date du paiement pour convertir les monnaies des pays intéressés en droits de tirage spéciaux.

Article 8

1. Si la législation de l'une des Parties contractantes ou les obligations découlant du droit international en dehors du présent Traité, qui existent actuellement ou qui pourront être établies par la suite entre les Parties contractantes, contiennent un règlement, général ou spécifique, octroyant aux investissements de nationaux ou de sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu par le présent Traité, ledit règlement l'emporte dans la mesure où il est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle souscrit en rapport avec les investissements réalisés dans son territoire par des nationaux ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 9

Le présent Traité s'applique aussi aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par les nationaux ou sociétés d'une Partie contractante dans le territoire de l'autre Partie contractante, en conformité avec les dispositions juridiques de cette autre Partie contractante. Toutefois, le présent Traité ne s'applique pas aux différends qui se sont élevés avant son entrée en vigueur et qui sont en rapport avec des mesures officielles mises en œuvre avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 10

1. Tout différend qui pourrait s'élever entre les Parties contractantes quant à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doit être réglé autant que possible par les gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si le différend ne peut être ainsi réglé, il peut être porté devant un tribunal arbitral à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est constitué ad hoc; chaque Partie contractante nomme un arbitre et ces deux arbitres choisissent comme président un national d'un État tiers qui est nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les deux arbitres sont nommés dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes a notifié à l'autre son intention de porter le différend devant un tribunal arbitral.

4. Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés, chaque Partie contractante peut, en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un national de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est autrement empêché, les nominations sont faites par le Vice-Président. Si le Vice-Président est aussi un national de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est aussi empêché, les nominations sont faites par le membre de la Cour qui suit immédiatement dans l'ordre hiérarchique et n'est pas un national de l'une ou l'autre des Parties contractantes.

5. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chaque Partie contractante prend en charge les frais afférents aux activités de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais du Président du tribunal et les autres frais sont répartis à parts égales entre les deux Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut adopter des règles différentes en ce qui concerne les frais. Pour le reste, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont aussi des États contractants de la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, du 18 mars 1965, le paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention ne permet pas de recourir au tribunal arbitral visé aux paragraphes ci-dessus lorsque le national ou la société d'une Partie contractante et l'autre Partie contractante sont parvenus à un accord en conformité avec l'article 25 de la Convention. Cela n'empêche pas de recourir au tribunal arbitral visé aux paragraphes ci-dessus lorsque n'est pas respectée la décision rendue par le Tribunal d'arbitrage prévu à l'article 27 de ladite Convention, ou dans les cas de subrogation, aux termes de la loi ou par acte juridique, prévus à l'article 6 du présent Traité.

Article 11

1. Tout différend qui pourrait s'élever entre l'une des Parties contractantes et un national ou une société de l'autre Partie contractante en rapport avec un investissement doit, autant que possible, être réglé à l'amiable entre les parties au litige.

2. Si le différend ne peut être ainsi réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une ou l'autre des parties au litige l'a fait valoir, il est soumis à une procédure arbitrale à la demande du national ou de la société de l'autre Partie contractante. À moins

que les Parties au litige n'en conviennent autrement, le différend est soumis à une procédure arbitrale conforme à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, du 18 mars 1965.

3. La sentence arbitrale est exécutoire et ne peut faire l'objet d'aucun autre recours ou action en justice, sinon comme en dispose ladite Convention. Elle est exécutée en conformité avec le droit interne.

4. La Partie contractante qui est partie au litige ne peut faire valoir, dans la procédure arbitrale ou pendant l'exécution d'une sentence arbitrale, que l'investisseur de l'autre Partie contractante a reçu une indemnité au titre d'une police d'assurance couvrant tout ou partie du préjudice.

Article 12

Le présent Traité déploie ses effets nonobstant l'absence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

Article 13

1. Le présent Traité est sujet à ratification; les instruments de ratification doivent être échangés à Bonn dans les plus brefs délais.

2. Le présent Traité entre en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Sa durée de sa validité est de dix ans et il est ensuite reconduit pour une période indéfinie, à moins qu'il ne soit dénoncé par écrit par une des Parties contractantes 12 mois avant son expiration. Après dix ans, chaque État contractant peut dénoncer le Traité à tout moment moyennant un préavis de 12 mois.

3. S'agissant des investissements réalisés jusqu'au moment de l'expiration du présent Traité, les dispositions de l'article premier à l'article 12 restent en vigueur pendant les 15 années suivant la date de l'expiration du présent Traité.

Fait à Managua le 6 mai 1996, en deux exemplaires en langues allemande et espagnole, les deux textes étant également authentiques.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

Pour la République du Nicaragua :

E. LEAL SÁNCHEZ

PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Nicaragua relatif à la promotion et à la protection réciproques des investissements, les plénipotentiaires soussignés ont aussi adopté les dispositions ci après qui font partie intégrante du Traité :

1. S'agissant de l'article premier

a) Les revenus découlant d'un investissement et, si lesdits revenus ont été réinvestis, les revenus découlant de ce réinvestissement, bénéficient de la même protection que l'investissement proprement dit;

b) Sans préjudice des autres procédures pour la détermination de la nationalité, tout détenteur d'un passeport national émis par l'autorité compétente de l'une des Parties contractantes est réputé être notamment un national de cette Partie.

2. S'agissant de l'article 2

a) Les investissements qui, aux termes de la législation d'une Partie contractante, ont été réalisés dans le territoire de l'une des Parties contractantes par des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante bénéficient pleinement de la protection du Traité;

b) Le Traité s'applique aussi en ce qui concerne la zone économique exclusive et le plateau continental, sous réserve que le droit international autorise la Partie contractante concernée à exercer dans ces zones ses droits de souveraineté et sa compétence territoriale.

3. S'agissant de l'article 3

a) Sont réputés en particulier, mais non exclusivement, constituer des " activités " au sens du paragraphe 2 de l'article 3 : la gestion, l'emploi, l'utilisation et la jouissance d'un investissement. Sont réputés en particulier constituer un " traitement moins favorable " au sens de l'article 3 : tout traitement inégal résultant de restrictions sur l'achat de matières premières et biens intermédiaires, d'énergie et de combustible, ainsi que de facteurs de production et de moyens d'exploitation de toutes sortes; tout traitement inégal résultant d'obstacles à la commercialisation de produits dans le pays ou à l'extérieur; et toute autre mesure ayant des effets analogues. Les mesures prises pour des motifs de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de m urs ne constituent pas un " traitement moins favorable " au sens de l'article 3.

b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une Partie contractante à accorder aux personnes physiques et aux sociétés résidentes dans le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exemptions et abattements d'impôts qui, aux termes de son droit fiscal, sont accordés exclusivement aux personnes physiques et aux sociétés résidentes dans son territoire.

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, en conformité avec leur législation nationale, les demandes d'immigration et de permis de séjour concernant des individus de l'une des Parties contractantes qui souhaitent, en rapport avec un investissement, entrer dans le territoire de l'autre Partie contractante. Il en va de même pour les nationaux

de l'une ou l'autre des Parties contractantes qui souhaitent, en rapport avec un investissement, entrer et séjourner dans le territoire de l'autre Partie contractante pour y exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont aussi examinées avec bienveillance.

4. S'agissant de l'article 4

Il existe également un droit à indemnité lorsque, du fait de mesures d'État prises contre elle, la société dans laquelle un investissement a été réalisé subit une grave dégradation de sa situation économique.

5. S'agissant de l'article 5

Un transfert est réputé effectué " sans délai " au sens du paragraphe 1 de l'article 7 s'il est réalisé dans les délais normaux pour les formalités de virement. Ces délais, qui ne peuvent en aucun cas excéder deux mois, courent dès le dépôt de la demande pertinente.

6. S'agissant du transport de biens et de personnes en rapport avec un investissement, ni l'une ni l'autre des Parties contractantes ne peut opposer aucune meure d'exclusion ou d'obstruction aux entreprises de transport de l'autre Partie contractante et doit émettre les permis nécessaires pour ce transport. Les présente dispositions s'appliquent au transport des :

a) Biens destinés directement à un investissement au sens du Traité ou acquis dans le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou d'un État tiers par une société dans laquelle a été réalisé un investissement au sens du Traité, ou pour le compte de ladite société;

b) Personnes qui voyagent en rapport avec un investissement.

Fait à Managua le 6 mai 1996 en deux exemplaires en langues allemande et espagnole, les deux textes étant également authentiques.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HANS-FRIEDRICH VON PLOETZ

Pour la République du Nicaragua :

E. LEAL SÁNCHEZ

